



Es ist eine stille Krise. Keine Barrikaden, keine Massenproteste, kein dramatischer Verfassungskonflikt. Und doch erzählt der erste Wahlgang der französischen Kommunalwahlen 2026 eine Geschichte, die politisch brisanter sein könnte als mancher Wahlsieg oder Machtwechsel: Immer mehr Bürger bleiben zu Hause.

Die Zahlen sind nüchtern – und gerade deshalb so alarmierend. Rund 42 bis 44 Prozent der Wahlberechtigten haben am ersten Wahlgang nicht teilgenommen. Das ist weniger als beim pandemiebedingt chaotischen Urnengang von 2020, aber deutlich mehr als in den Jahrzehnten davor. Wer die historische Kurve betrachtet, erkennt keine Delle, sondern eine Schräge: Seit den 1970er Jahren steigt die Enthaltung nahezu kontinuierlich.

Das eigentlich Verstörende daran: Ausgerechnet die Kommunalwahl galt lange als das demokratische Gegenmittel zur Politikverdrossenheit. Man wählte nicht abstrakte Programme, sondern Menschen, die man kannte. Den Bürgermeister, der den Kindergarten ausgebaut hat. Die Stadträtin, die sich um den Busfahrplan kümmert. Die Liste aus dem eigenen Viertel.

Heute scheint selbst diese Nähe nicht mehr zu reichen.

Die Erosion der Nähe

Die französische Demokratie hat sich über Jahrzehnte auf eine Gewissheit verlassen: Wenn irgendwo noch ein lebendiger politischer Kontakt zwischen Staat und Bürger existiert, dann in der Kommune. In der Stadt, im Dorf, im Quartier. Dort, wo Politik konkret wird – in Schulen, Wohnungen, Verkehrsfragen, Sauberkeit, Sicherheit.

Genau dort bröckelt nun das Fundament.

Die Wahlbeteiligung zeigt: Auch die lokale Demokratie ist von einer allgemeinen Ermüdung erfasst. Die Kommune besitzt offenbar nicht mehr den Mobilisierungsvorteil, den sie früher hatte. Das hat strukturelle Gründe.

Erstens hat sich die politische Wahrnehmung verändert. Kommunalwahlen werden längst nicht mehr nur lokal gelesen. Sie sind Teil der nationalen Dramaturgie geworden. Parteien und Medien behandeln sie als Vorwahl zur Präsidentschaft, als Testlauf für Bündnisse, als Seismograph für das Kräfteverhältnis in Paris.



Was dabei verloren geht, ist die lokale Logik der Entscheidung. Wenn der Wahlkampf hauptsächlich über nationale Lager geführt wird, fragt sich der Wähler irgendwann: Was genau ändert sich in meiner Straße?

Wenn Wahlen an Wirksamkeit verlieren

Der zweite, tiefere Grund liegt in der Wahrnehmung politischer Wirksamkeit.

Viele Nichtwähler sind nicht unpolitisch. Im Gegenteil: Sie verfolgen Politik durchaus – aber sie glauben immer weniger, dass ihre Stimme etwas verändert. Diese Verschiebung ist entscheidend. Sie bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern Resignation.

Das Wahlrecht lebt von einem psychologischen Versprechen: Deine Stimme zählt. Wenn dieses Versprechen verblasst, verliert die Demokratie einen Teil ihrer Energie.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Komplexe Verwaltungsstrukturen, begrenzte Handlungsspielräume der Kommunen, nationale Vorgaben, finanzielle Zwänge. Viele Bürger haben das Gefühl, dass selbst engagierte Bürgermeister nur begrenzt gestalten können.

Der Wahlakt wirkt dann wie ein symbolisches Ritual – respektabel, aber folgenarm.

Die soziale Spaltung der Wahlurne

Hinzu kommt eine Entwicklung, die Demokratien besonders gefährdet: die soziale Selektivität der Beteiligung.

Wer abstimmt, ist heute statistisch gesehen häufiger älter, wohlhabender, gebildeter, oft auch Eigentümer. Wer nicht abstimmt, ist häufiger jung, prekär beschäftigt oder sozial weniger integriert.

Diese Spaltung verändert die politische Repräsentation.

Eine Demokratie funktioniert formal auch dann, wenn nur ein Teil der Bürger abstimmt. Doch politisch verschiebt sich das Gewicht der Interessen. Die aktivsten Wähler prägen stärker die Entscheidungen. Die anderen verschwinden aus dem politischen Radar.



Es entsteht ein paradoxer Kreislauf: Wer sich nicht vertreten fühlt, bleibt eher zu Hause – und wird dadurch noch weniger vertreten.

Die Legitimationsfrage der Bürgermeister

Juristisch ist die Lage klar: Wer eine Wahl gewinnt, ist legitimiert zu regieren. Politisch ist sie komplizierter.

Wenn in einer Gemeinde nur knapp über die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmt und der Sieger vielleicht 50 oder 55 Prozent dieser Stimmen erhält, repräsentiert er am Ende nur eine relativ kleine Minderheit des gesamten Wahlkörpers.

Das ist kein demokratischer Defekt im rechtlichen Sinn. Aber es verändert die symbolische Beziehung zwischen Regierenden und Regierten.

Demokratie lebt nicht nur von Regeln, sondern auch von Beteiligung. Wenn diese Beteiligung dauerhaft schrumpft, entsteht eine Demokratie mit geringerer Intensität.

Mehr als ein statistisches Problem

Die Kommunalwahlen 2026 bestätigen damit eine Entwicklung, die sich schon länger abzeichnet. Bereits die Regional- und Départementwahlen von 2021 hatten Rekordwerte der Enthaltung erreicht. Damals konnte man noch auf Pandemie, Unsicherheit und organisatorische Probleme verweisen.

Heute nicht mehr.

Der Rückzug von Millionen Wählern ist zu regelmäßig geworden, um als Ausnahme zu gelten. Er ist Teil der politischen Normalität.

Das bedeutet nicht, dass die französische Demokratie kurz vor dem Zusammenbruch steht. Aber sie verändert ihren Charakter. Sie wird leiser, distanzierter, selektiver.

Man könnte sagen: Sie funktioniert – aber mit immer weniger Menschen.

Und genau darin liegt die eigentliche Gefahr. Denn Demokratien sterben selten spektakulär.



Kommentar: Die schweigende Mehrheit – oder wie die Demokratie ihre Wähler verliert

Häufig verlieren sie zuerst ihre Selbstverständlichkeit.

Sie werden nicht gestürzt. Sie werden ignoriert.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker